

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 pbbn.d



Inhalt

38. Jahrgang / 200

18. Oktober 1983

Klaus Matthiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen, für dringende Maßnahmen gegen das Waldsterben: Keine Zeit zu verschenken.
Seite 1

Keine Zeit zu verschenken

Maßnahmen zur Rettung des Waldes dringend erforderlich

Von Klaus Matthiesen
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen

Rudolf Dreßler MdB, Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitgebergemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, zu Helmut Kohls Buchmessen-Besuch: Was trieb den Kanzler zum Stand der Rechtsradikalen?
Seite 3

Kein Thema der Umweltpolitik hat die Öffentlichkeit in den letzten Monaten stärker beschäftigt als das Waldsterben und der "sauere Regen". Die Wissenschaftler haben verschiedene Hypothesen über die ursächlichen Zusammenhänge vorgelegt. Trotzdem bleiben viele Fragen noch offen. Unsere Wälder sind sehr komplizierte Gebilde, über deren "Funktionieren" wir immer noch zu wenig wissen.

Manfred Reimann MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, fordert die Bundesregierung auf, den SPD-Vorschlägen zur Vorruhestands-Regelung zu folgen; Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen.
Seite 4

Die Wissenschaftler sind sich jedoch einig darüber, daß neben anderen Faktoren, wie zum Beispiel Klima, die Einwirkungen der Luftschadstoffe auf den Wald die Schlüsselrolle in dieser verhängnisvollen Entwicklung spielen. Wer hat nicht noch die ersten Alarmmeldungen in Erinnerung, als im Herbst des vergangenen Jahres eine fast schlagartige Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Wälder festzustellen war. Die Entwicklung verlief mit besorgniserregender Geschwindigkeit. Sie erreichte Ausgang des Winters ihren Höhepunkt. Für die Fachleute stellte sich die Frage, wie würde der Sommer 1983 verlaufen. Rückblickend können wir heute sagen, daß er eine zusätzliche Belastung des Waldes durch Klimastreß ausgelöst hat.

Margitta Terborg MdB verlangt von der Bundesregierung wirksame Taten zum Schutz der Nordsee; Wattenmeer in Gefahr.
Seite 6

Es war die erklärte Absicht der nordrhein-westfälischen Landesregierung, zur Einschätzung der Lage über das Ausmaß der Schäden in den verschiedenen Landesteilen eine umfassende Erhebung durchzuführen.

Das vorliegende Ergebnis ist erschreckend. 300.000 Hektar, das heißt 35 Prozent der Waldfläche in Nordrhein-Westfalen, sind nicht mehr gesund. Seit Sommer 1982 hat sich die Schadensfläche somit vervierfacht.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Kundinnen und Kunden
des Sozialdemokratischen
Pressedienstes



Was sich heute in den Wäldern abspielt, läßt nur düstere Perspektiven zu. Die Vitalität unserer Wälder ist so labil, daß zusätzliche Belastungen ein Waldsterben noch größeren Ausmaßes nach sich ziehen können. Der Ansatz für die Lösung des Problems ist und bleibt eine drastische Verringerung der Luftbelastung.

Deshalb stehe ich Abgaberegulungen, die zusätzliche Anreize zum Umweltschutz geben und zu einer breiteren Lastenverteilung beitragen können, grundsätzlich positiv gegenüber. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen wird entsprechende Initiativen ergreifen.

In diesem Zusammenhang weise ich auf die Rede von Ministerpräsident Johannes Rau zur Großfeuerungsanlagen-Verordnung am 29. April 1983 vor dem Bundesrat hin, in der er sich für die Einführung einer neuen Umweltabgabe "Waldpfennig" ausgesprochen hat. Der Waldpfennig ist eine alle Elektrizitätserzeuger und E-Verbraucher belastende Sonderabgabe. Das Aufkommen aus dieser Abgabe soll zwar zur Bezuschussung von Umweltschutzmaßnahmen im gesamten Stromerzeugungsbereich verwendet werden, wegen der besonderen Dringlichkeit von Luftreinhaltemaßnahmen würden die Mittel jedoch vorrangig bei den Kohlekraftwerken eingesetzt werden müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich aber betonen, daß die Förderung des Einsatzes heimischer Steinkohle und damit die Gewährleistung einer sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung das Bestreben aller Bürger der Bundesrepublik sein muß und Nordrhein-Westfalen bei der Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe nicht alleingelassen werden darf.

Der Parole "Wegen des Waldes mehr Kernenergie" setzt NRW entgegen "Gerade wegen des Waldes und der Arbeitsplätze und zum Schutz der deutschen Steinkohle mehr umweltfreundliche Kohletechnologie". Die Abgabe - ob sie nun "Waldpfennig" oder "Umweltpfennig" heißen soll - hat vornehmlich zum Ziel, einen Ausgleich zu schaffen zwischen dem Vorteil sicherer und umweltfreundlicher Energieversorgung für die gesamte Bundesrepublik und den Lasten, die durch Aufwendungen für den Umweltschutz für die Stromerzeugung entstehen und die vornehmlich die Steinkohle an Rhein und Ruhr zu tragen hat.

Ich hoffe deshalb, daß sich die nordrhein-westfälische CDU nicht vor den Karren derjenigen spannen läßt, die jetzt das Waldsterben zur Durchsetzung von mehr Kernenergie nutzen wollen.

Zusätzlich zu diesen Überlegungen ist zu prüfen, ob durch eine Schadstoffausgleich-Regelung der rasche und vollständige Vollzug der Großfeuerungsanlagen-Verordnung unterstützt werden kann. Hinzu kommen müssen Maßnahmen, die den Ausstoß von Stickoxiden bei Kraftfahrzeugen verringern.

Alles in allem wird es darauf ankommen, daß schnell wirksame Maßnahmen im Interesse der Walderhaltung ergriffen werden. Wir haben auch nicht eine Stunde mehr zu verschenken.
(-/18.10.1983/ks/rs)

+ + +



Helmut Kohl auf der Buchmesse

Was trieb den Bundeskanzler zu den Rechtsradikalen?

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Gut versteckt und fast die Aufmerksamkeit der Leser testend, hat die Süddeutsche Zeitung beschrieben, wie der Bundeskanzler über die Frankfurter Buchmesse tingelte, und in der Halle 6, "was bedeutende Verlage dort bieten", links liegen ließ: "Dafür machte er ausgerechnet am Gemeinschaftsstand der rechtsextremistischen Verlage Druffel, Türmer und Hohenstauffen Station, nahm zwei, drei Bücher mit seinem bekannten Lächeln zur Hand, bedachte auch die Standhalter mit einem Lächeln. Alles Bestens? Hatte die Fernsteuerung versagt?" Soweit die Süddeutsche Zeitung.

Halten zu Gnaden, Herr Bundeskanzler, das war keine reife Leistung, sondern ausgesprochen geschmacklos und zudem auch noch gefährlich. Die genannten Verlage freuen sich über die unverhoffte Werbung, die ihnen hilft, gegen all jene anzustänkern, die den publizistischen Einfluß der Alt- wie Neonazis gering zu halten suchen.

Leider ist nicht überliefert, was der Bundeskanzler zur Hand nahm, ob eine Glorifizierung der SS, ein Broschürenchen über die sogenannte "Kriegsschuldfrage" oder eine Abhandlung zum Thema, daß die ehemaligen Ostgebiete auf ewig deutsch sein sollten. Es kann aber durchaus sein, daß die Kripo bei ihren Einsätzen gegen fehlgeleitete Neonazis denselben papierernen Mist begegnet, den der Bundeskanzler allergnädigst auf der Frankfurter Buchmesse mit seiner Aufmerksamkeit beehrte. Daß also, um es konkret zu sagen, die Polizeibeamten neben Waffen und Sprengstoff Druckwerte aus den genannten Verlagen finden, die nun so unverhofft regierungsamtliche Aufwertung erhielten. Möglich ist das schon.

Ich will nicht hoffen, daß der Bundeskanzler die Schaubude der drei zutiefst reaktionären Verlage ansteuerte, weil diese ihm unter allen anderen als wohlbekannt ins Auge fielen: Es gibt ja auch den pawlowschen Reflex auf dem Gebiet der Druckerzeugnisse. Dann wäre der Hinweis der SZ auf ein Versagen der Fernsteuerung richtig.

Wie immer die Suche nach des Kanzlers Motiven bei seinem Besuch von Truffel & Co. ausgehen wird: Als Kanzler hat er damit Neuland betreten. Er darf es sich als Verdienst anrechnen, diese Verlage aus dem Zwielficht herausgehoben und sie hoffähig gemacht zu haben. Wohlwollen und Sympathie in der rechtsradikalen Presse werden die Antwort sein - sehr zum Nachteil all der Demokraten, die heute in einem beinahe verzweifelten Kampf gegen Ausländerhaß, und neuentfachten Chauvinismus stehen. Vielleicht ist der Herr Bundeskanzler bereit, dem Bundestag zu erläutern, was ihn auf der Frankfurter Buchmesse umtrieb. An Aufforderungen seitens der Sozialdemokraten, den Fall zu klären, wird es nicht fehlen.

(-/18.10.1983/ks/rs)

* + + +



Arbeitslosigkeit endlich wirksam bekämpfen

Die Bundesregierung soll den SPD-Vorschlägen zur Vorruhestands-Regelung folgen

Von Manfred Reimann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales

Nach offiziellen Verlautbarungen treffen die Minister Stoltenberg, Lambsdorff und Blüm in Kürze wegen der Vorruhestands-Regelung zusammen. Fünf Gewerkschaften, darunter die IG-Chemie-Papier-Keramik und die NCG, weisen auf die arbeitsmarktpolitische Dringlichkeit und Bedeutung der Vorruhestands-Regelung in einem Brief an Bundeskanzler Kohl hin. Denn durch sie kann mit nachhaltigen Entlastungseffekten für den Arbeitsmarkt gerechnet werden, die SPD-Bundestagsfraktion plädiert ebenfalls für die Vorruhestands-Regelung - ohne versicherungsmathematische Abschläge. Ihr dazu vorgelegter Gesetzentwurf beruhend auf dem sogenannten Döding-Plan - wurde in der 1. Lesung von der konservativen Mehrheit abgelehnt.

Arbeitsminister Blüm hat sich ebenfalls - für die sicherlich populäre Vorruhestands-Regelung bei älteren Arbeitnehmern - in der Öffentlichkeit stark gemacht. Unverbindlich - wohlweislich, daß er bei Stoltenberg und Lambsdorff Widerpart findet - blieb Blüm bisher in der Finanzierungsfrage.

An die Adresse der drei Minister - angesichts der drängenden Verwirklichung der Vorruhestands-Regelung ohne versicherungsmathematische Abzüge - gebe ich folgendes zu bedenken:

1. Angesichts weiter wachsender Arbeitslosigkeit, die in ihrer Regierungszeit um Erhebliches gestiegen ist, sollten die betreffenden Minister endlich etwas Entscheidendes zu deren Bekämpfung tun. Arbeitslose erwarten endlich unmittelbare Abhilfe und möchten nicht vertröstet werden bis zum Sankt-Nimmerleinstag. Steuergeschenke zu verteilen an ohnehin Privilegierte ist nicht der richtige Weg. Diese trügerische Hoffnung ist durch die bisherige Entwicklung des Arbeitsmarktes widerlegt worden.
2. Die Vorruhestands-Regelung, so wie sie von der SPD vorgeschlagen worden ist - ohne versicherungsmathematische Abschläge, ist ein wirkungsvolles arbeitsmarktpolitisches Instrument. Sie kann den Arbeitsmarkt nachhaltig entlasten. Schätzungsweise erhalten durch sie 90.000 Arbeitslose eine Stelle durch Wiederbesetzung freierwerden-



der Stellen von altersmäßig ausscheidenden Arbeitnehmern (ab 58 Jahre) - unter der Annahme, daß cirka ein Neuntel betreffender Arbeitnehmer freiwillig davon Gebrauch machen.

3. Voraussetzung für deren beschäftigungspolitische Wirksamkeit sind bei der Finanzierungsregelung - versicherungsmathematische Abschläge. Andernfalls - so wie es die FDP befürwortet - müßten die älteren Arbeitnehmer die Zeche zahlen. Soweit darf es nicht kommen. Weil sonst der beschäftigungspolitische Effekt und der zusätzliche gesundheitspolitische Sinn dieser Regelung nicht mehr gegeben wären. Die Folge wäre, daß bei einem zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Abschlag von rund 35 Prozent bei einem Rentenalter von 58 gegenüber 63 Jahre nur Arbeitnehmer mit hohen Rentenerwartung früher in Rente gehen würden, während die mit nur zu erwartenden geringen oder kleinen Renten bis zum 65. Lebensjahr arbeiten müßten.

Hinzuweisen ist auf den gesundheitspolitischen Sinn einer solchen Regelung, die ein Stück mehr Humanisierung des Arbeitslebens bedeutet. Denn vorzeitiges Ausscheiden bedingt durch Invalidität ist relativ hoch: Statistisch bei jedem 2. Arbeitnehmer und jedem 3. Angestellten gegeben. Zu bedenken ist, die betreffenden Jahrgänge brachten die größten Opfer im Krieg, in der Gefangenschaft und beim Wiederaufbau.

4. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen detaillierten Finanzierungsplan im Zusammenhang mit ihrem Gesetzentwurf zur Vorruhestands-Regelung vorgelegt. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß die Vorruhestands-Regelung ohne versicherungsmathematische Abschläge für die betreffenden Arbeitnehmer finanzierbar ist. Der errechnete Nettoaufwand für den Bund beläuft sich auf rund 520 Millionen DM. Dazu kommt eine relativ hohe Refinanzierungsquote durch Einsparungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe.

Ergo: Stoltenberg, Lambsdorff und Blüm werden bei der Vorruhestands-Regelung danach beurteilt, ob sie die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigen. Sie sollten den Grundsatz beherzigen, daß es vernünftiger ist, für einen älteren Arbeitnehmer die Rente zu zahlen als für einen jungen Menschen Arbeitslosenunterstützung. Es ist fünf Minuten vor zwölf für aktive Beschäftigungspolitik. Sie sollten endlich handeln.

(-/18.10.1983/ks/rs)

+ + +



Wattenmeer in Gefahr
-----**Die Bundesregierung muß endlich etwas für den Schutz der Nordsee tun**

Von Margitta Terborg MdB

Aufgrund von Industrieansiedlungen an der Jade ist im Interesse der Sicherheit und der Leichtigkeit des Schiffsverkehrs eine Verlegung des Jadefahrwassers erforderlich geworden. Gegen diese an sich notwendige Maßnahme ist auch kaum etwas einzuwenden, wenn nicht der Bundesverkehrsminister und das Land Niedersachsen auf die Idee gekommen wären, daß im Rahmen dieser Fahrwasserverlegung anfallende Baggergut im Randbereich des Hohe-Weg-Watts abzulagern.

Man geht sogar so weit, zu behaupten, daß diese Lösung einer flachen Sandinsel aus ökologischer Sicht sogar als eine Verbesserung anzusehen ist, wenn die vorgeschlagenen Ausgleichsmaßnahmen ausgeführt und die hochwasserfreien Sände zu Brutbiotopen für Seeschwalben entwickelt werden.

Abgesehen davon, daß die betroffenen Gemeinden von der abgeschlossenen Vereinbarung überrascht wurden, ist aus ökologischer Sicht gegen die geplante Maßnahme Erhebliches einzuwenden. Alternativen zu dieser Maßnahme - wie sie beispielsweise die Studie von Dr. Dörjes beim Senckenberg-Institut aufzeigt - sind offensichtlich nicht ausreichend geprüft worden und mit dem Argument erheblicher Mehrkosten beiseite gewischt worden. Dabei wird völlig übersehen, daß auch die gegenwärtige Planung permanente Unterhaltungsbaggerungen nach sich ziehen würde. Außerdem käme es zu einer dauernden Beeinträchtigung des Hohe-Weg-Watt durch Sandverdriftungen von der neuen Sandinsel.

Das Argument, daß die vorgesehene Lösung einer flachen Sandinsel aus ökologischer Sicht sogar als eine Verbesserung anzusehen ist, ist nicht zutreffend. Direkt betroffen werden in Hohe-Weg-Watt die Fischerei, Seehunde, Vögel, ja selbst Seeschwalben, da deren Nahrungsgebiete verkleinert werden.

Bei der Fischerei ist nicht nur die Muschelfischerei betroffen, sondern über den Verlust von Nahrungsgebieten für Jungfische, letztlich auch die Nordseefischerei. Dem Verbringen von Baggergut folgt eine krasse Verminderung der Bioproduktion im Ablagerungsbereich des Sandes durch Überdeckung der Bodenfauna, aber auch im weiteren Umkreis durch Wassertrübung und eine veränderte chemische Zusammensetzung des Wassers. Verbunden ist damit auch ein Verlust von Wattflächen. Ein solcher Verlust ist nicht ausgleichbar, da die Fläche des Wattenmeeres insgesamt nicht vermehrbar ist. Weiterhin muß wohl davon ausgegangen werden, daß eine solche Insel instabil ist und der Sand innerhalb von zehn Jahren wieder verdriftet sein wird.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz hat sich dazu detailliert geäußert und Alternativen aufgezeigt. Er ist übergangen worden. Bereits an diesem Beispiel zeigt sich, wie ernst es die Bundesregierung tatsächlich mit dem Umweltschutz meint. Zwar wird der Schutz der Nordsee und des Wattenmeeres sehr häufig im Munde geführt, wenn es aber um konkrete Maßnahmen geht oder wie hier Schäden eigentlich von vornherein vermieden werden könnten, dann treten Belange des Umweltschutzes hinter wirtschaftlichen Überlegungen zurück.

(-/18.10.1983/ks/rs)

+ + +

